



Rückgang auf der ganzen Linie - aber kein Umdenken!

Beim Landeshearing in Wiesbaden spielten die Arbeitsplatzversprechungen der FAG eine große Rolle. Mittlerweile zeigt sich, daß alle optimistischen Prognosen nicht eintreffen. So schreibt der Lufthansa-Vorstand in einem Brief am 1. 9. 1981: „Die Situation im Weltluftverkehr und seine absehbare Entwicklung in den nächsten Jahren geben zunehmend Anlaß zur Besorgnis.“ Die FAG-Statistik belegt die fallende Tendenz. So sind im Juli die Flugbewegungen um 1,1 Prozent im Vergleich zum Juli 1980 gesunken, die Zahl der Fluggäste um 2,5 Prozent und das Frachtaufkommen liegt gar 4,6 Prozent unter dem Vorjahr. Die andauernde Wirtschaftskrise und die steigenden Treibstoffkosten werden diese Tendenz noch verstärken.

Die großen Versprechungen des FAG-Chefs Erich Becker, „jedes Jahr werden wir 1000 Leute einstellen“ zerplatzen jetzt wie Seifenblasen;

So wollte die FAG (z. Zt. 6 597 Mitarbeiter) in diesem Jahr 180 Arbeiter und Angestellte einstellen. Zum Jahresende aber wird sich's zeigen, daß nicht ein Kollege mehr dort arbeiten wird. Die Lufthansa hat von Januar 1981 bis Juli 1981 260 Millionen DM Verlust eingeflogen und versucht dies mit rigorosen Personaleinsparungen (jährlicher Abbau 2 Prozent) wettzumachen.

Weitere Lufthansa-Maßnahmen: Stopp der Pilotenausbildung, Verkauf und Stilllegung von voraussichtlich 18 Maschinen.

- Bei der Lufthansa-Tochter „Condor“ ist eine weitere Verkleinerung bzw. eine Schließung im Gespräch.
- Bei „Hapag Lloyd-Flug“ ist eine Schließung für Sommer 1982 im Gespräch.

Weitere Hinweise belegen, daß es einschneidende Rückgänge im Luftverkehr geben wird.

- So werden ab 1. 4. 1982 pro Tag 4 Lufthansa-Schnelltriebwagen von Düsseldorf über Köln nach Frankfurt verkehren und Kurzflüge reduzieren.
- Pan Am verkauft ihre Hotelkette für 500 Millionen Dol-

lar um die angespannte Liquidität zu verbessern.

- Bei der British Airways beträgt der Verlust im Jahre 1980/81 über 600 Millionen Dollar.
- Der Gesamt-Verlust der Fluggesellschaften die der IATA angeschlossen sind beträgt im Jahr 1980 etwa 2,5 Milliarden Dollar.

Angesichts dieser neuen Zahlen und Fakten scheint es uns notwendig, daß die Planungen für die Startbahn West sofort gestoppt werden.

Es wäre unverantwortlich, neue Flughafen-Kapazitäten zu schaffen, die dann letztlich nur den NATO-Wünschen Rechnung tragen.



Viele hundert Bürger nahmen wieder an den Gottesdiensten im Hittendorf teil. Das Engagement der Evangelischen Kirche ist eine feste Säule des Widerstandes gegen die geplante große Naturzerstörung geworden.

DKP-Fraktion enthüllt:

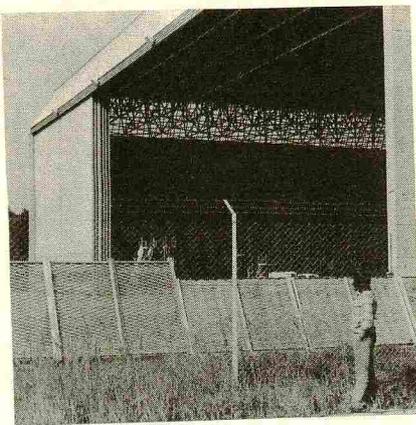
FAG-Vorbereitungen auf den „Tag X“

Eine Presseerklärung der DKP-Fraktion unserer Stadtverordnetenversammlung, sorgte auf dem Flughafen und bei den Innenministerien in Bonn und Wiesbaden für großen Wirbel. Die DKP-Pressemitteilung hatte folgenden Wortlaut:

„Bürger unserer Stadt, die auf dem Flughafen arbeiten, gaben der DKP-Fraktion Hinweise über die Vorbereitungen der FAG und der Landesregierung auf die Auseinandersetzungen um den geplanten Bau der Startbahn West. Auf dem Flughafen würde offen diskutiert, daß man 15-bis 20 000 Mann Grenzschutz und Polizei benötigen würde. Viele Vorbereitungen werden dafür gerade getroffen. So soll der Grenzschutz ab 1. Oktober die Hapag-Lloyd-Halle für eine Hubschrauberstaffel bereits fest angemietet haben.

Auch andere Vorbereitungen wurden schon sichtbar. So würden jetzt täglich riesige Betonplatten auf dem Flughafen ankommen. Sie seien für die geplanten Mauern mit Stacheldrahtkrone vorgesehen. Hinter den bereits stehenden Mauern an der Okrifteiler Straße würden gerade Wasseranschlüsse installiert, offenbar um Wasserwerfer unkompliziert nachfüllen zu können.

Bemerkenswert ist die Nachricht, daß sich die berühmt berüchtigte Grenzschutz-Einheit GSG 9 seit einigen Wochen auf dem Flughafen mit der Lage vertraut machen würde. Dabei würde



Die „Hapag-Lloyd-Halle“. Sie soll von der FAG für Polizei- und Grenzschutzeinheiten am „Tag X“ vorgesehen sein.

sie mit dem Flughafen-Security-Service eng zusammenarbeiten. Möglicherweise hat man die Absicht, diese Spezialeinheit gegen die Bürger bei der Räumung des Protestdorfes einzusetzen.

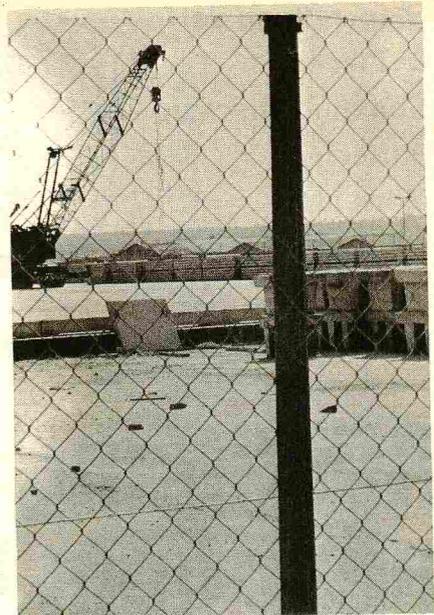
Erschreckend auch der Hinweis, daß die FAG offenbar vorhat, künftig die bei der Bewachung von Kernkraftwerken unliebsam bekanntgewordenen „Schwarzen Sheriffs“ einzusetzen. So sei der Vertrag mit einem solchen privaten Spezialunternehmen kurz vor dem Abschluß.

Überhaupt richtet man sich offenbar auf harte Auseinandersetzungen ein. So hätte man für eine Million DM den begehbaren Kabelkanal längs der Lärmschutzmauer gesichert.

Wenn man alles zusammenzählt, kommt heraus, daß ungeheure Summen, Millionen von Steuergeldern, allein dafür ausgegeben werden, die Bevölkerung vom gewaltfreien Protest vor Ort abzuhalten. In Brokdorf hat der Polizeieinsatz allein 12 Millionen DM gekostet. Bei der Startbahn West rechnet man mit ähnlichen Summen. Dies ist angesichts der Bonner Rotstiftspolitik, die die „kleinen Leute“ trifft, ein Skandal erster Ordnung. Statt am Kindergeld zu sparen sollte man besser die unsinnige Startbahn West sein lassen, damit entfiele auch die Steuerverschwendung für Polizeimaßnahmen.

Mit einem ebenso schnellen wie entlarvenden „Dementi“ haben die FAG und das hessische Innenministerium auf diese Enthüllungen reagiert. So schimpft die FAG zwar über „Greuelmärchen“, gibt aber zu: Es werden „Maßnahmen“ gegen widerrechtliche Übergriffe“ vorbereitet, wobei „Einzelheiten aus Gründen der Sicherheit nicht genannt“ werden können. Der Sprecher des Innenministeriums, Langendorf, gibt zu: Man hat sich bereits Verstärkung durch Polizeieinheiten aus Niedersachsen und Schleswig-Holstein mit Brokdorf- und Gorleben-Erfahrung gesichert! Bundesgrenzschutzeinheiten samt Hubschraubern sind nicht zum 1. Oktober terminiert — die kann man jederzeit anfordern! Und die GSG 9? Die übt immer wieder mal auf Rhein-Main.

Wenn „staatliche Maßnahmen“ vorbereitet werden, dann nur, um „friedliche Demonstranten zu schützen“. Und wie unterscheidet man die im Einsatzfall von „Terroristen“, gegen die dann jedes Mittel recht ist? Indem sie der ersten Aufforderung, den von der FAG zwecks Kahlschlag bean-



Betonfertigteile für eine neue Flughafenmauer werden jetzt auf dem FAG-Gelände gelagert. Am „Tag X“ will man damit die protestierende Bevölkerung von den Holzfällern trennen.

spruchten Wald zu verlassen, sofort Folge leisten...

Aber auch der Einsatz der „Schwarzen Sheriffs“ wird mittlerweile zugegeben. So heißt es dazu im „Freitags-Anzeiger“: „Die bewaffnete und mit Hunden versehene Gruppe, die sich am Beispiel der „Schwarzen Sheriffs“ aus der bayrischen Landeshauptstadt München orientieren soll, wird nicht als Teil der FAG-Bediensteten geschaffen, sondern eine Vertragsfirma soll die Wachleute stellen, die im Gegensatz zum Flughafenschutzdienst bewaffnet sind. Mit dem Vertrag, begrenzt auf ein Jahr, wird seitens des FAG-Vorstandes versucht, die Mitbestimmung des Betriebsrats zu unterlaufen, ließen Gewerkschaftskreise aus dem FAG-Bereich verlauten. Die Bewachung durch die neue Hilfspolizei geht auf eine Rechtsverordnung von Bundesinnenminister Baum zurück. Demnach sollte ab 1. 9. 1981 bereits ziviles Wachpersonal auf den Flughäfen eingesetzt werden. Langfristig sollen so die jetzt eingesetzten Kräfte der Bereitschaftspolizeien der Länder und des Grenzschutzes verringert, wenn auch nicht völlig abgezogen werden.“ Wenn man alles zusammennimmt, kann man feststellen: die gesamte Presseerklärung der DKP wurde im Grunde bestätigt. Es bleibt dabei, Millionen von Steuergeldern werden ausgegeben, um die Bevölkerung von berechtigten Protesten abzuhalten.



Adler wird zum Pleitegeier

Die Wirtschaftskrise in der Bundesrepublik treibt einige Blüten. Nutznießer sind einige Konzerne, deren Konkurrenten die Luft ausgeht und die Betriebe dichtmachen. Leidtragende sind immer die Arbeiter und Angestellte, die entweder entlassen werden oder Sozialabbau verordnet bekommen. Da meinen denn auch noch superschlaue Kommentatoren in den Medien, wir hätten alle über unsere Verhältnisse gelebt und müßten nun die Strafe dafür zahlen. Nenne mir doch einen Arbeiter, der über seine Verhältnisse lebte! Die abhängig Beschäftigten haben sich doch nie das gerechte Stück vom Kuchen abschneiden können. Die müßten immer mit den Brosamen zufrieden sein, die sie sich oft genug noch hart erkämpfen müßten.

Allzu lange schien die Arbeiterschaft sich mit dem Sozialabbau und dem Arbeitslosenheer abzufinden. Ungestraft konnten die bürgerlichen Medien ihre Possen über die Arbeitslosen reißen.

Sie bezeichneten sie als Drückeberger und Schmarotzer, als Faulenzer und Verantwortungslose. Franz Josef Strauß meinte, daß das soziale Netz von Faulen als Hängematte mißbraucht werde. Man muß sich einmal vorstel-

dem Großaktionär von Adler, nicht ungehört bleiben. Sie änderten die Pläne. Letzter Stand: 1 000 Arbeitsplätze sollen im Frankfurter Adler-Werk erhalten bleiben. Ein Erfolg? 1 700 Arbeitsplätze sollen auf der Strecke bleiben! Das Management bleibt aber dabei, daß langfristig 3 000 Stellen abgebaut werden. Und langfristig heißt hier bis Ende 1982. Jetzt geht das Gerangel, die Angst und Unsicherheit in den Betrieben weiter. Wer wird entlassen, wer darf bleiben, für wie lange? Wird weiter ausgebildet in den Lehrwerkstätten? Können die Ausgebildeten auf Übernahme und Weiterbeschäftigung hoffen? Wer geht in den anderen Betrieben (Schwandorf, Nürn-

berg und Berlin) dieses Unternehmens? Bekanntlich sollen in Schwandorf 600 Beschäftigte entlassen werden, in Nürnberg 150.

Bei lichte betrachtet findet man nicht viel an der Rettungsaktion. Der VW-Finanzchef, Thomee, raffte sich gar zu der Aussage auf, daß der Mensch vor der betriebswirtschaftlichen Vernunft rangiere. Diese „Rettung“ kann man nicht als soziale Tat verkaufen. Solange diese „Retter“ sich auch als Stützen dieses kapitalistischen Wirtschaftssystems verstehen, bei dem Kapital und Profit vor Menschen rangiert, werden die Vorfälle wie in Frankfurt nicht enden, wird aus Triumph eine Niederlage und aus dem Adler ein Pleitegeier werden, für die Arbeitnehmer versteht sich.

rd.



Amerikanische Manövertruppen landen auf der US-Air-Base. Zur gleichen Zeit fanden wir in der Presse nachfolgende Meldung:

„Einen schockierenden Drogenmißbrauch bei den amerikanischen Streitkräften in der Bundesrepublik und in Italien hat eine neue Untersuchung durch den amerikanischen Kongreß ergeben. Danach nehmen 42,3 Prozent der befragten Soldaten und Matrosen während des Dienstes Drogen oder Alkohol zu sich.“

Bereits im Februar dieses Jahres hatte der Leiter/ des strategischen Luftkommandos der USA, General Ellis, von einer erschreckenden Entwicklung gesprochen und gefordert: „Ich will keine Betrunkenen oder Drogenköpfe dort herumlaufen sehen, wo unsere Nuklearwaffen gelagert sind.“

Eine haarsträubende Schilderung über US-Soldaten, die Atomraketen in der Bundesrepublik bewachen und über Codeschlüssel zum Scharfmachen der Sprengköpfe verfügen, brachte die Illustrierte „Stern“ am 19. 2. 1981: „Bei schönem Wetter liegen sie gerne im Schatten der Raketen... Bisweilen kräuseln sich dann die Haschwölkchen an den Projektilen empor.“

Das Rauschgiftproblem ist in der US-Armee keine neue Erscheinung. Besonders gefährlich wird dieses Problem für uns und die Welt, weil die US-Regierung und die Generalität mit diesem Problem nicht fertig werden und immer mehr und immer verheerendere Atomwaffen herstellen und stationieren wollen. Nach der jetzt veröffentlichten Untersuchung des USA-Kongresses nehmen ein Viertel der Matrosen und 16 Prozent der Landstreitkräfte täglich Drogen ein.“

DKP-Mörfelden überreichte Geldspende an Adler-Kollegen

Eine spontane Geldsammlung auf einer DKP-Sitzung erbrachte 173,- DM. Das Geld wurde noch am gleichen Abend den protestierenden Adler-Kollegen am Werkort übergeben.

len, was sich Unternehmer in diesem Lande alles leisten können: Da werden grandiose Fehlentscheidungen des Managements eingestanden, da wird zugegeben, daß man die Entwicklung verschlafen hat und dies zu Millionen Verlusten geführt habe. Wie steht es eigentlich mit der sozialen Verpflichtung des Eigentums? Wer zieht die Unternehmer zur Rechenschaft? Als die Pläne für die Stilllegung von VDM und Triumph-Adler in Frankfurt bekannt wurden, protestierten nicht nur die Betroffenen, sondern auch die Kirchen, organisierten andere DGB-Gewerkschaften die Solidarität, demonstrierten und protestierten. Das konnte auch bei VW in Wolfsburg,

Ein Antrag, der nicht angenommen wurde

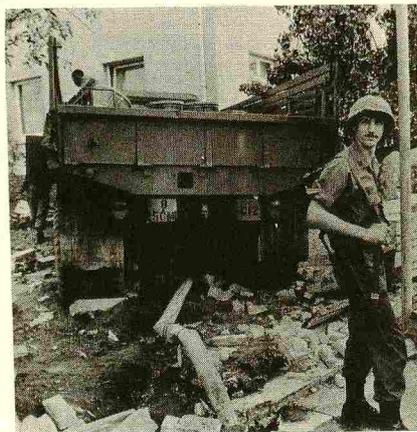
Am 1. September, am „Antikriegstag“, war Stadtverordneten-Versammlung. Die DKP-Fraktion hatte aus aktuellem Anlaß einen Resolutionsentwurf eingebracht. Dieser Antrag kam aber garnicht erst zur Abstimmung, weil die Fraktionen keine Zeit gehabt hätten, sich damit zu befassen. Der Antrag, den dann die DKP allein an die Presse gab, hatte folgenden Wortlaut:

Nichts ist wichtiger als der Frieden

Angesichts wachsender internationaler Spannungen, angesichts verstärkter Kriegsgefahr, erinnert die Stadtverordnetenversammlung Mörfelden-Walldorf am 1. September 1981, am 42. Jahrestag des Beginns des 2. Weltkriegs, an die unsäglichen Leiden, die dieser Krieg über die Völker Europas gebracht hat.

Angesichts neuer Raketen, angesichts der Neutronenbombe, erklären wir: Jeder ist verantwortlich für das Schicksal und die Zukunft unseres Landes. Jeder kann mithelfen, das gefährliche Wettrüsten zu stoppen, die Fortsetzung der Entspannungspolitik und den Frieden zu sichern.

Angesichts der Äußerung des amerikanischen Außenministers: „Es gibt wichtigeres als im Frieden zu sein“, erklä-



Manöverschäden in Mörfelden. Ein schwerer US-Lastwagen fuhr am Gärtnerweg durch die Gartenmauer und blieb erst am Haus stehen. Nicht auszudenken, was an dieser belebten Kreuzung alles hätte passieren können.



Am „Antikriegstag“ gab es eine kleine Feierstunde des DGB und der VVN an der Gedenkstätte für die Opfer des Faschismus in Walldorf. Es wurden Kränze niedergelegt, Gerd Schulmeyer (unser Bild) umrahmte die kleine Feier.

Offizielle Vertreter der Stadt waren leider nicht erschienen.

ren wir: „Es gibt nichts wichtigeres als Frieden!“

Die Tatsache, daß auf hessischen Boden seit dem 2. Weltkrieg ein großer Teil der US-Streitkräfte stationiert ist, stellt dieses Bundesland und seine tragenden politischen Kräfte vor eine besondere Verantwortung.

In unserer Stadt sind wir umgeben von vielfältigen Bedrohungen. Die US-Air-Base, das US-Depot im Langener Oberwald, bergen Gefahren. Wir wiederholen deshalb auch an diesem Tag – ein reiner Zivilflughafen Frankfurt würde die geplante Startbahn West überflüssig machen.

Von unserem Land, das schon zweimal zum Ausgangspunkt verheerender Weltkriege wurde, muß für immer Frieden ausgehen.

Wir brauchen diese Friedenspolitik, wir brauchen Abrüstung auch, weil wir als Kommunalpolitiker sehen, daß die notwendigen Aufgaben der Daseinsfürsorge finanziert werden müssen. An diesem 1. September 1981 geht unser Appell an alle Bürger unserer Stadt:

Helfen wir den Frieden zu sichern! Treten wir gemeinsam ein für Abrüstung in Ost und West! Nichts ist heute wichtiger als der Frieden!

Anfragen und Antworten

Eine ganze Reihe Fragen stellte die DKP-Fraktion an den Magistrat. Sie betreffen teils Themen, die schon zeitlich weit zurückliegen.

Stadtchronik

Die Stadtverordnetenversammlung beschloß am 14. 10. 80 einstimmig, daß die Stadtchronik bis zum Ende des 1. Quartals 81 fertiggestellt werden soll. Wir erfragten vom Magistrat, welche Gründe für die erneute Säumigkeit anzuführen seien und ob die Stadt evtl. gerichtliche Schritte unternehmen wolle (1976 wurden über 26 000 DM an eine Darmstädter Druckerei gezahlt, für eine Chronik, die fünf Jahre später noch nicht vorliegt). Die Chronik krankt am kranken Autor; dies ist das Ergebnis der erneuten Vorstöße der Stadtverwaltung. Die Antwort läßt aber hoffen, daß Mörfeldens Chronik doch bald druckreif vorliegt.

Altenwohn- und Pflegeheim

Die Anfrage der DKP-Fraktion, ob die Planung für ein Altenwohn- und Pflegeheim weitergekommen sind, wurde folgendermaßen beantwortet:

„Die Angelegenheit hat noch den gleichen Stand, wie im April 1980. Solange keine definitiven Aussagen von Landesebene über den Umfang der Bezuschussung kommen, können weitere Schritte nicht gegangen werden. Bei den zuständigen Stellen des Landes wird jedoch ständig angefragt.“ Es fehlt also wieder am fehlenden Geld für Sozialaufgaben in unserem Sozialstaat.

Energieeinsparung

Am 16. 7. 79 beschloß die Stadtverordnetenversammlung, daß ein Ingenieurbüro die städtischen Gebäude auf Heizkosteneinsparungen hin untersucht. Wir wollten nun per Anfrage wissen, was aus dieser Angelegenheit geworden ist. Die Antwort besagt, daß für 23 städtische Gebäude ein schriftlicher Bericht vorliegt. Die Berichte erreichen Buchstärke, eine Zusammenfassung ist notwendig. In der Zwischenzeit sind eine Reihe von Maßnahmen eingeleitet. Wir fragen: Welche und wie hoch sind die Kosten der eingeleiteten Maßnahmen?

Blockheizwerk

Wir fragten den Magistrat nach dem Sachstand des Prüfungsantrags, der seinerzeit von der SPD-Fraktion eingebracht wurde, welche Schritte unternommen wurden und in welchem Zeitraum mit einem Bericht zu rechnen sei.

Die Antwort ist dürftig: „...Eine Reihe von verschiedenen Stellen und Institutionen“ würden um Informationsmaterial gebeten. Auch ein Gespräch mit den Maingaswerken ist vorgesehen. Anschließend erfolgt ein Bericht an die Stadtverordneten.

Wir wollten mit den Anfragen bezwecken, daß länger zurückliegende Beschlüsse des Parlaments nicht in der Versenkung verschwinden.

Der unvergessene Krieg

Ein Fernseh Ereignis, dem man sich stellen muß

Schon 14 Tage vor Ausstrahlung der ersten Folge hat der Presserummel um das Für und Wider der amerikanisch-sowjetischen Fernsehserie eingesetzt. Kaum eine überregionale Wochen- oder Tageszeitung, Illustrierte oder Fernsehzeitschrift, die nicht ausführlich und in großer Aufmachung über das „Fernseh Ereignis des Jahres“ berichtet hätte. Die Meinungen über den Inhalt und den Charakter der Serie gehen weit auseinander. Für den „stern“ ist sie eine „sowjetisch-amerikanische Gemeinschaftsproduktion über den Zweiten Weltkrieg“, für den Bayerischen Rundfunk eine „sowjetrussische Propagandaserie“ und für Springers „Welt“ schließlich „20 Stunden Geschichtsfälschung“. Worum handelt es sich wirklich?

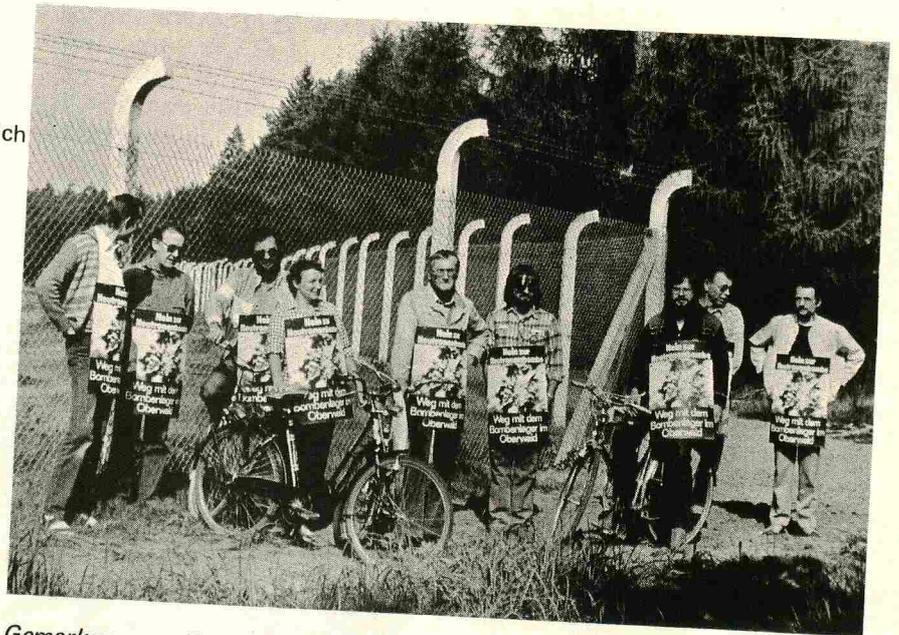
„Der unvergessene Krieg“ schildert die Ereignisse an der „Ostfront“ im wesentlichen chronologisch. Weitgehend ausgespart bleibt dabei eine umfassende Darstellung der ja langfristig angelegten Kriegszielplanung des deutschen Faschismus. Es wird für den Zuschauer nachvollziehbar, wie die Kriegsmaschinerie am 22. Juni 1941 losbrach und trotz des erbitterten Widerstands von Roter Armee und Bevölkerung über die westlichen Gebiete der Sowjetunion hinwegbrandete, bis sie schließlich vor Leningrad, Moskau und Stalingrad zum Stehen gebracht wurde. In weiteren Folgen wird deutlich, unter welch ungeheuren Opfern es der Roten Armee dann gelang, den Aggressor vom sowjetischen Territorium zu vertreiben und in langwierigen Kämpfen vom Balkan bis Wien, in Polen und schließlich in Deutschland selbst zu besiegen.

Mehr noch als die Serie „Holocaust“ sticht diese neue Fernsehserie geradezu in ein Wespennetz. Der Kreis der Beteiligten ist ja ungleich größer, denn an der „Ostfront“ waren immer mehr als 60 Prozent der deutschen Truppen eingesetzt, und jeder deutsche Soldat hatte zumindest etwas von Kriegsverbrechen erfahren oder gehört. Viele Ältere werden sich von ihren Enkeln fragen lassen müssen, was sie denn damals in Rußland gemacht haben. Und nicht nur alte Nazis, auch ehemalige Mitläufer werden sich mit der Antwort schwertun. Viele Ältere werden gern ihre Zuflucht in der Ausrede suchen, dies sei alles Sowjet-Propaganda, wie es in „Bild“

und „Welt“ schon Wochen vor der Ausstrahlung nahegelegt haben. Doch wenn die Serie auch an einigen Stellen pathetisch wirkt, wenn der parteiliche antifaschistische Standpunkt für viele Deutsche nur schwer zu akzeptieren sein wird — nach drei, vier Folgen wird der Propagandavorwurf gegenstandslos werden. Nur die Verböhrtesten unter den Zuschauern werden ihn noch glauben. Zu stark ist die Kraft der Bilder, die das Leiden vor allem der Zivilbevölkerung zeigen.

Hier liegt die eigentliche Brisanz der Filmserie. Es geht ja gar nicht nur darum, daß die Kriegsgeneration den unbequemen Fragen ihrer Kinder und Enkeln standhalten muß. Hinter dieser Generationenfrage verbirgt sich die Frage nach der Berechtigung der gegenwärtigen Außen- und Sicherheitspolitik — mit all ihren innenpolitischen Bezügen. Langjährige, vertraute

Denkmuster werden in Frage gestellt, der Bedrohungslüge wird der historische Boden entzogen. Millionen von Deutschen waren nach 1945 nur dadurch zur Wiederbewaffnung, Aufrüstung und „Nachrüstung“ zu bewegen, daß in Verdrängung oder Nichtkenntnis des historischen Ablaufs die Sowjetunion als Aggressor dargestellt wurde. Wer den Krieg und seine Vorgeschichte miterlebt hatte, vergaß nur zu leicht, daß ja Hitler-Deutschland die Sowjetunion überfallen hatte und nicht etwa umgekehrt. Und wer den Krieg nur aus Kindheitserinnerungen oder aus Erzählungen der Verwandten kannte, mußte glauben die Rote Armee sei unaufgefordert nach Westen marschiert und haben den Kommunismus gewaltsam bis in das östliche Deutschland getragen. Dieses Geschichtsbild wird in „Der unvergessene Krieg“ vom Kopf auf die Füße gestellt, der deutsche Überfall auf die Sowjetunion wird als barbarischer Angriffs- und Vernichtungskrieg erkennbar und durch die Intensität der Bilder fast nachvollziehbar gemacht. IF



Gemarkungsrundfahrt der Stadtverordneten und des Magistrats von Mörfelden-Walldorf. Besucht werden kommunale Einrichtungen — der Weg der radfahrenden Stadtväter führt aber auch an einem US-Bomben-Depot vorbei. Dort hingen sich die vier DKP-Stadtverordneten und der DKP-Stadtrat Plakate um. Text: „Nein zur Neutronenbombe — Weg mit dem Bombenlager im Oberwald.“ Stadtverordnete und ein Stadtrat der „Grünen Bürgerliste“ machten mit. Die CDU schäumte, nannte die Aktion einen Eklat und wollte die Gemarkungsrundfahrt abbrechen, aber auch die SPD-Fraktion trat heftig in die Pedale und ließ einen gehörigen Abstand zu den protestierenden Kollegen. Die DKP-Fraktion machte in einer anschließenden Erklärung deutlich, daß man sich als Kommunalpolitiker auch um solche lebensgefährlichen Einrichtungen kümmern muß.

Kinderkrippe

... eine soziale Notwendigkeit

Im Juni 1981 hat sich in Mörfelden-Walldorf eine „Initiative Spielstube“ gegründet. In einem offenen Brief an die Parlamentarier unserer Stadt fordert die Initiative u. a.: Einrichtungen für Kinder ab ca. eineinhalb Jahren zu schaffen. Und vor allem dafür Sorge zu tragen, daß alle Kinder ab drei Jahren in den Kindergarten gehen können. Als Fernziel hat sich die Initiative die Schaffung einer Krippe für Kinder ab einem halben Jahr vorgenommen. Die Initiative beklagt, daß im Moment Kinder erst zwischen dreieinhalb und viereinhalb Jahren in den Kindergarten aufgenommen werden. Den Initiatoren geht es darum, daß allen Kindern die Möglichkeit gegeben wird, in einer Gemeinschaft gleichaltriger aufzuwachsen. Bei nur zwei Infoständen in Mörfelden und Walldorf und bei persönlichen Gesprächen konnten bisher über 150 Unterschriften für das Verlangen nach einer Spielstube gesammelt werden. Ich meine, daß diese Unterschriften — abgesehen von den vielen Anzeigen „Tagesmutter gesucht“ ein deutlicher Beweis für die Notwendigkeit einer städtischen Spielstube sind.

Nun hat Bürgermeister Brehl nach über einem Vierteljahr geantwortet. In seinem Brief heißt es u. a.: „... ein großer Teil der dreijährigen Kinder ist von ihrem Entwicklungsstand her nicht in der Lage, den Kindergarten über den ganzen Tag zu besuchen. Diese Erfahrung in der Praxis wird gestützt durch zahlreiche und einhellige Auffassungen in der Fachliteratur und pädagogischen Lehre. Hier wird gleichermaßen ungeteilt und durchgängig die Auffassung vertreten, daß Kinder bis zum dritten Lebensjahr eine enge Bindung zu ihren Eltern — insbesondere der Mutter — benötigen...“

Weiter schreibt er:

„... die Einrichtung und der Betrieb einer Spielstube, einer Krabbelstube oder gar einer Kinderkrippe aus finanziellen Gründen absehbar nicht möglich ist.“

Meiner Meinung nach setzt der letzte Satz des Briefes von Bürgermeister Brehl der Sache die Krone auf:

„... daß es keinesfalls die Aufgabe der Stadt ist, für die Betreuung und Unterbringung von Kindern zu sorgen und damit den Steuerzahler zu belasten, damit Eltern ihren durch ‚Doppelverdienst‘ erzielten Lebensstandard auf angehobenem Niveau aufrechterhalten können. Dies gilt im übrigen auch für den Kinderhort. Alleine die Tatsache, daß beide Elternteile aus ansonsten zweifellos verständlichen Gründen zur Arbeit gehen, kann nicht Begründung zur Einrichtung und Schaffung weiterer stark defizitärer Sozialeinrichtungen sein.“

Ich halte es für sinnlos, auf die pseudo-

wissenschaftlichen Argumente des Bürgermeisters einzugehen, mit denen er nachweisen will, daß die Frau auch heute noch ins Haus und zu den Kindern gehört. Zum einen deshalb, weil es Untersuchungen von ideologisch unvoreingenommenen Wissenschaftlern gibt, die erbracht haben, daß es keine Unterschiede zwischen Kindern, die in kleinen Gruppen und denen, die zu Hause aufwachsen gibt. Zum anderen braucht man diese Argumentation gar nicht zu widerlegen,

denn Herr Bürgermeister Brehl tut dies selbst. Schreibt er doch wenige Zeilen später, daß das Geld für diese Einrichtungen fehlt. Genau diese Finanzmisere der Städte und Gemeinden ist der Grund für die fehlenden und mangelhaften sozialen Einrichtungen.

Das fehlende Geld in den Kassen der Kommunen ist die eine Seite. Die andere ist: Die Initiative weiß mittlerweile von zwei Frauen, die arbeiten gehen müssen — nicht um den „Lebensstandard auf angehobenem Niveau aufrecht erhalten“ zu können, sondern um den Erhalt der Familie zu sichern. Diese beiden Frauen wurden ans Sozialamt verwiesen.

In dem einen Fall wurde ein Antrag auf Bezuschussung der Tagespflegestelle beim Jugendamt gestellt. Ohne die finanzielle Lage der Familie zu prüfen, bekam die Mutter mitgeteilt, daß nur Pflegestellen für Kinder aus zerrütteten Ehen bezuschußt werden. Auf die Frage, was ohne ihren Verdienst aus der Familie werden solle, bekam sie die lapidare Antwort, sie müsse sich dann beim Sozialamt melden. Bei Frau A. lief es ähnlich ab. Es sieht fast so aus, als ob die intakte Familie nichts zählt, daß der Mensch erst wieder geachtet wird, wenn er zu einem „Fall“ geworden ist.

Für mich stellt sich nun die Frage, was das Hin- und Herschieben von einem zum anderen Amt soll. Ich meine, daß es sinnvoller für alle Beteiligten ist, ausreichende Einrichtungen



Die SDAJ Mörfelden-Walldorf protestierte mit einem kurzen Sitzstreik vor der US-Air-Base. Auf ihren Umhängeschildern hieß es: „Kein NATO-Flughafen! Keine Startbahn West! Weg mit dem US-Bomben-Depot im Oberwald!“

in allen Bereichen des sozialen Lebens zu schaffen.

Besonders aufgebracht hat mich der oben zitierte Schlußsatz des Bürgermeister-Briefes.

Die Berufstätigkeit der Frauen stellt er einfach als unangemessenen „Doppelverdienst“ dar. Hat Bürgermeister Brehl vergessen, daß er Mitglied einer Partei ist, die bereits vor 100 Jahren nicht nur die Gleichberechtigung der Frau, sondern auch ihr Recht auf Arbeit auf ihre Fahnen geschrieben hat? Sicher, nicht nur Bürgermeister Brehl scheint diese Forderungen der SPD vergessen zu haben. Er befindet sich in guter Gesellschaft mit Landes- und Bundespolitikern seiner Partei.

Vor einigen Jahren haben Politiker der bürgerlichen Parteien und Industriemanager die Frauen hofiert, doch berufstätig zu sein. Das war in Zeiten der Hochkonjunktur. In dieser Zeit fand sich in der „Fachliteratur und der pädagogischen Lehre“ die „einheitliche Meinung“, daß Kinder in einer Gemeinschaft, mit einer Bezugsperson, genauso gut aufwachsen und sich entwickeln wie nur zu Hause bei der Mutter. Heute, in einer Zeit zunehmender Arbeitslosigkeit, wird die Arbeitskraft der Frau als Doppelverdienst diffamiert. Wieder einmal heißt es: Heute geheuert, morgen gefeuert.

Doch es hat sich etwas grundlegendes geändert. Immer mehr Frauen und Mädchen sind nicht mehr bereit, die Rolle einer Reservearmee der Industrie zu übernehmen. Reservearmee bedeutet konkret, daß Frauen für weniger Lohn die gleiche oder schlechtere Arbeit als ihre männlichen Kollegen machen müssen.

Reservearmee bedeutet aber auch, daß Frauen nach Bedarf eingestellt oder entlassen werden können. Frauen und Mädchen besinnen sich auf ihre Rechte.

Das jüngste Beispiel für die Wandlung im Bewußtsein der Frauen sind die Heinze-Frauen. Sie haben für ihre Rechte gekämpft und geklagt – und sie haben gewonnen!

Auch in unserer Stadt gibt es Beispiele für das Engagement von Frauen. Ich denke da z. B. an die Demonstration von 1 000 Frauen und Männern, die am 8. März – dem Internationalen Frauentag – in Mörfelden gegen die Startbahn West demonstrierten. Organisiert und durchgeführt wurde diese Demonstration von Frauen.

Die Einrichtung eines Hortes in unserer Stadt hat gezeigt, daß das gemeinsame Engagement vieler etwas erreichen kann.

Die Frauen und Mädchen in unserem

Land fordern Möglichkeiten – auch mit Kindern – ihr verfassungsmäßig verbrieftes Recht auf Arbeit zu verwirklichen.

Ich bin der Meinung, daß der Bürger genug zur Kasse gebeten worden ist. Für notwendige soziale Einrichtungen sind jetzt einmal andere dran, die Tassen zu öffnen. Ich denke dabei nicht nur an die wahnwitzigen Rüstungskosten, sondern auch an die Subventionen für die Industrie. Diese Subventionen sind ein Schlag ins Gesicht aller arbeitenden Menschen, denn mit Hilfe dieser Subventionen werden Arbeitsplätze wegrationalisiert. Wir von der „Initiative Spielstube“ werden uns mit der Antwort von Bürgermeister Brehl nicht zufrieden geben. Die Ausflüchte von Bürgermeister Brehl sind für uns nicht stichhaltig. Denn es geht um die Zukunft unserer Kinder.

Gitti Haag

Alte Dokumente gesucht

Großes Interesse an alten Dokumenten über die Geschichte der SKV und ihrer Vorgängervereine zeigt SKV-Pressewart Georg Herzberger. Er bat alle Mitglieder und Freunde des Vereins Material, das im Privatbesitz ist, dem Großverein für den Ausbau des Archives zu überlassen bzw. zumindestens Kopien anfertigen zu lassen. Das gilt für Texte, Festbücher, Mitteilungen in Zeitungen, Plakate, aber ebenso für Bilder.

Die Geschichte der SKV und der Vorgängervereinigungen, die sich vor gut 35 Jahren zusammengeschlossen haben, soll so dokumentiert werden.

Um eine kurze schriftliche Nachricht über die Bereitschaft hier Unterlagen zur Verfügung zu stellen, bittet Georg Herzberger an seine Adresse Wilhelm-Leuschner-Straße 36.

Wir werden immer größer

mit Schwung

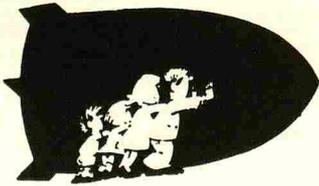
Text: Volker Ludwig
Melodie: Birger Heymann

The musical score is written on four staves. The first staff begins with a treble clef, a key signature of one sharp (F#), and a 2/4 time signature. The melody is simple and rhythmic. Chords are indicated above the notes: G, H7, e, C, A. The lyrics are: "Wir wer-den im-mer grö-ßer, je-den Tag ein Stück. Wir wer-den im-mer grö-ßer, das ist ein Glück. Gro-ße blei-ben gleich groß, o-der schrumpeln ein: Wir wer-den im-mer grö-ßer ganz von al-lein!"

Wir werden immer größer,
das merkt jedes Schaf.
Wir werden immer größer –
sogar im Schlaf.
Ganz egal, ob's regnet,
donnert oder schneit:
Wir werden immer größer
und auch gescheit.

Wir werden immer größer,
darin sind wir stur.
Wir werden immer größer
in einer Tour.
Auch wenn man uns einsperrt
oder uns verdrischt:
Wir werden immer größer –
da hilft alles nicht.

Der Vater eines kleinen Mörfelder Mädchens brachte uns dieses Lied. „Wir meinen dies wäre eigentlich ein schönes Lied der Startbahn-Gegner“, fanden sie. Wir haben die gleiche Meinung und drucken das Lied deshalb heute ab.



**Demonstration
und Kundgebung
am 10. 10. in Bonn**

**Busabfahrt in Mörfelden:
7.30 Uhr, Festplatz**

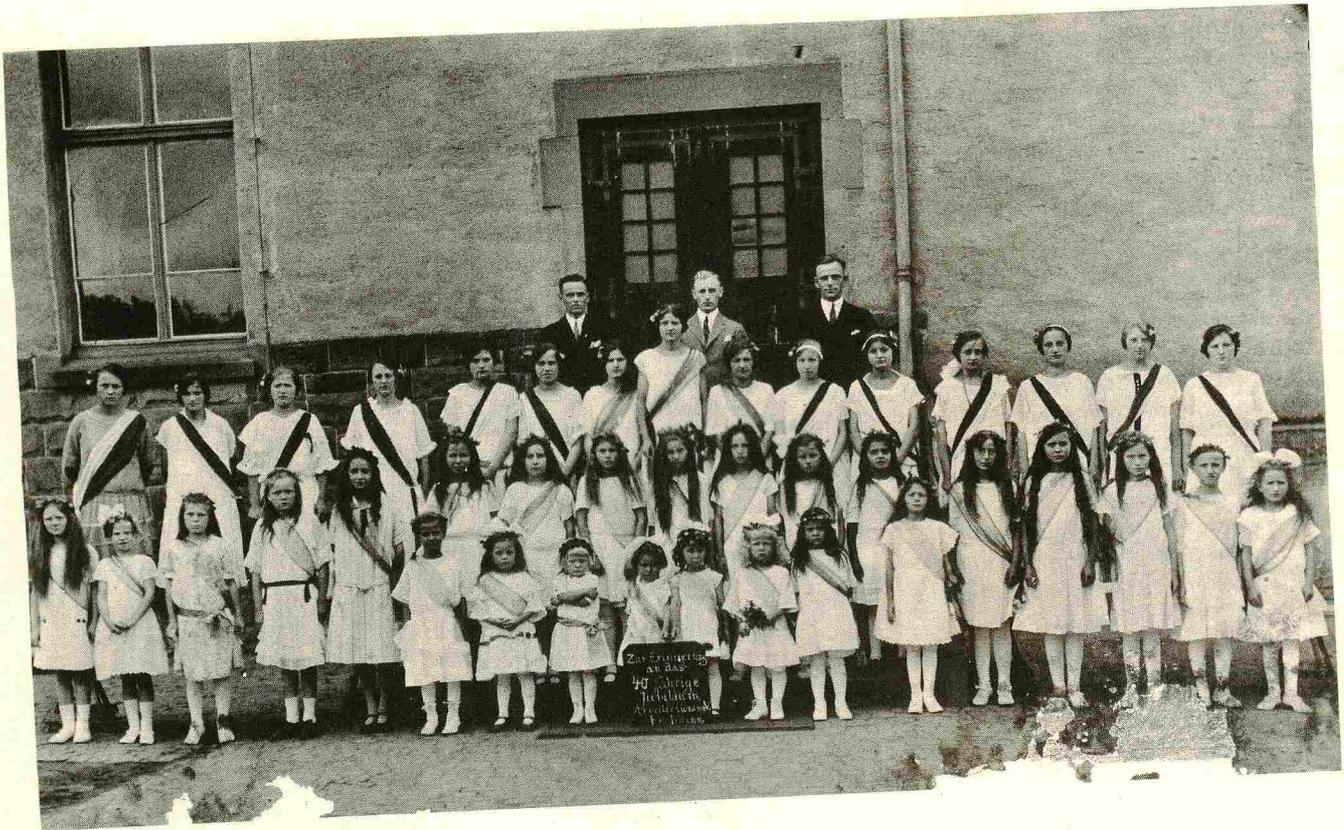
7. Hessisches Arbeiterkonzert Hallesche Philharmonie, DDR

Programm:

Günter Kochan Passacaglia und Hymne
Ludwig van Beethoven Violinkonzert D-Dur op. 61
Antonin Dvořák Sinfonie Nr. 9 e-Moll op. 95

Dirigent: Olaf Koch Solist: Gustav Schmahl

**Sonntag, den 22. November 1981, 19.00 Uhr
Mörfelden-Walldorf, Bürgerhaus Mörfelden**



Mörfelden gestern

Sommerzeit, Zeit der Feste und der Vereinsjubiläen. Auch im Jahre 1925 wurde in Mörfelden gefeiert. Der Arbeitergesangverein „Frohsinn“ hatte sein 40jähriges Jubiläum. Vierzig hübsche Festdamen mit Kränzchen im Haar und Schleife über der Schulter stellten sich dem Fotografen. In einer Festschrift dieses Vereins zum 25jährigen Bestehen im Sommer 1910, steht unter anderem: „Die Liebe zum Gesang und die Neigung zum Vereinsleben war in Mörfelden von jeher sehr stark und so kamen am 5. Juni 1885 in der Wirtschaft ‚Zum Löwen‘ einige gesangslustige Männer zusammen und gründeten einen Gesangverein, dem sie den Namen ‚Frohsinn‘ gaben.“ Der erste Gesangverein in Mörfelden wurde um das Jahr 1863 gegründet, er feierte 1864 seine Fahnenweihe und ist sehr wahrscheinlich die Urzelle des Gesangvereins „Eintracht“. Bereits im Jahre 1905 wurde in 4 Vereinen gesungen, nämlich bei der „Eintracht“, der „Teutonia“, beim „Frohsinn“ und bei dem „Arbeitergesangverein.“

Verantwortlich für den Inhalt: Rudolf Dötsch, 6082 Mörfelden, Schumannstraße 7; Druck: Eigendruck